

Journal für  
**Gastroenterologische und  
Hepatologische Erkrankungen**

Fachzeitschrift für Erkrankungen des Verdauungstraktes

**Arzt und Recht -**

**Aufklärungspflicht über Risiko der  
Durchtrennung des Ductus  
choledochus bei operativer  
Entfernung der Gallenblase**

Ploier M

*Journal für Gastroenterologische  
und Hepatologische Erkrankungen*

*2008; 6 (4), 26-29*

Österreichische Gesellschaft  
für Gastroenterologie und  
Hepatology

[www.oeggh.at](http://www.oeggh.at)



**ÖGGH**

Österreichische Gesellschaft  
für Chirurgische Onkologie

[www.aco-asso.at](http://www.aco-asso.at)

**acoasso**  
Österreichische Gesellschaft für Chirurgische Onkologie  
Austrian Society of Surgical Oncology

**Homepage:**

**[www.kup.at/  
gastroenterologie](http://www.kup.at/gastroenterologie)**

**Online-Datenbank mit  
Autoren- und Stichwortsuche**

Indexed in EMBASE/Compendex, Geobase  
and Scopus

[www.kup.at/gastroenterologie](http://www.kup.at/gastroenterologie)

Member of the 

Krause & Pacherneegg GmbH · VERLAG für MEDIZIN und WIRTSCHAFT · A-3003 Gablitz

P.b.b. 032035263M, Verlagspostamt: 3002 Purkersdorf, Erscheinungsort: 3003 Gablitz

# Arzt und Recht – Aufklärungspflicht über Risiko der Durchtrennung des Ductus choledochus bei operativer Entfernung der Gallenblase

M. Ploier

## ■ Sachverhalt

Die Patientin, die seit einiger Zeit an Oberbauchschmerzen litt, wurde aufgrund eines Kolikanfalls zwei Tage in stationärer Behandlung untersucht. Die Untersuchung ergab, dass die Patientin an Gallenblasensteinen und einem Geschwür im unteren Magendrittel litt. Nach einem akuten Kolikanfall wurde die Patientin erneut stationär aufgenommen und eine Cholezystektomie durch Laparotomie vorgenommen, also die medizinisch indizierte operative Entfernung der Gallenblase. Während der Operation wurde nicht der Ductus cysticus, sondern der Anfangsteil des Ductus choledochus, also des die Galle nach Vereinigung des Ductus cysticus und hepaticus in den Zwölffingerdarm ableitenden Kanals durchtrennt, wobei dies vom Operateur unbemerkt blieb. Eine derartige Ligatur der Gallenwege ist eine der Cholezystektomie inhärente Komplikation, die trotz gebotener Achtsamkeit eines erfahrenen Operateurs nicht mit absoluter Sicherheit vermeidbar und daher nach dem allgemeinen medizinischen Standard kein ärztlicher Kunstfehler ist. Sie tritt zwar selten, aber im Durchschnitt doch einmal auf 400 Gallenblasenentfernungen auf, sodass ihre Häufigkeit bei 0,25 % liegt.

Die Durchtrennung des Ductus choledochus führte bei der Patientin zu einer Verschlussgelbsucht, die in der frühestmöglichen Zeit erkannt wurde, die Patientin wurde daher umgehend reoperiert, dabei wurde der unterbrochene Gallenabfluss aus der Leber in den Darm mit Hilfe eines Dünndarmstücks in Form der so genannten „Y-Roux-Schlinge“ wiederhergestellt. Das war zwar lebensrettend, führte aber zu den Dauerfolgen, unter denen die Patientin seitdem leidet: Sie befindet sich im Zustand einer mit Schmerzen, aber auch mit Fieber, Schüttelfrösten, septischen Erscheinungen und Subikterus verbundenen schweren Form einer rezidivierenden Cholangitis, welche dauernde Erwerbsunfähigkeit bewirkt und weitere Folgeleiden wie septische Komplikationen und eine biliäre Leberzirrhose erwarten lässt. Die schwere psychische Beeinträchtigung der Klägerin ist aufgrund der dauernden, oft nur durch sofortige Injektionsbehandlung einigermaßen zu mildernden Krankheitssymptome gleichfalls als Folgeschaden anzusehen.

Bei der stationären Aufnahme wurde der Patientin der übliche Vordruck eines Operationsreverses vorgelegt, welchen sie unterschrieb. Nach dessen Text erteilte sie die Zustimmung zu einem operativen Eingriff. Ein ärztliches Aufklärungsgespräch über die bevorstehende Operation fand nicht statt. Der operierende Arzt gab zudem an, dass er auch im Rahmen eines Aufklärungsgesprächs nicht daran gedacht hätte, die Patientin darüber aufzuklären, dass der Hauptgallengang durchtrennt werden könnte.

Der OGH hat in diesem Rechtsstreit ausgesprochen, dass es sich bei der Durchtrennung des Ductus choledochus um ein

für die Entfernung der Gallenblase typisches Operationsrisiko handelt und daher deshalb trotz der geringen prozentmäßigen Wahrscheinlichkeit des Eintritts dieses Risikos darüber aufzuklären ist. Weiters hat der OGH dezidiert ausgesprochen, dass die bloß schriftliche Zustimmungserklärung ohne erfolgreiches persönliches Aufklärungsgespräch nicht ausreichend ist<sup>1</sup>.

## ■ Worüber muss ein Arzt aufklären?

Aus zahlreichen Gesetzesbestimmungen ergibt sich, dass zur sorgfältigen Behandlung eines Patienten eine ordnungsgemäße Aufklärung erforderlich ist. Was darunter genau zu verstehen ist, ergibt sich aus diesen Gesetzesstellen nicht, weshalb zur Beantwortung der Frage, worüber ein Arzt aufklären muss, auf die bisher ergangene Rechtsprechung des OGH zurückzugreifen ist. Daraus ergibt sich, dass der Patient jedenfalls über seinen Krankheitszustand, das Wesen, den Umfang und die Durchführung der ärztlicherseits geplanten Behandlungsschritte, mögliche Behandlungsalternativen sowie sämtliche der Behandlung anhaftenden Komplikationen und Risiken aufzuklären ist.

Im Rahmen der Aufklärung wird zwischen der Sicherungs- und der Selbstbestimmungsaufklärung unterschieden.

### Sicherungsaufklärung (= therapeutische Aufklärung)

Durch die Sicherungsaufklärung soll der Heilerfolg an sich gesichert und der Patient zur Mitwirkung an der Therapie motiviert werden. Im Rahmen der Sicherungsaufklärung muss der Patient daher sowohl über die Krankheit selbst als auch über die mit ihr verbundene Lebensumstellung, wie z. B. das Erfordernis der Einnahme bestimmter Medikamente (erforderlicher Zeitraum, Dosis), die Einhaltung einer Diät, etc. aufgeklärt werden. Dem Patienten muss durch die Aufklärung ein solcher medizinischer Wissensstand vermittelt werden, dass ihm ein therapiegerechtes Verhalten möglich ist. Dazu gehört auch, dass der Patient angeleitet wird, sich selbst auf Beschwerden hin zu beobachten und bei Auftreten von Beschwerden umgehend den behandelnden Arzt zu kontaktieren<sup>2</sup>. Der OGH hat dazu ausgesprochen, dass auch die Aufklärung über die Risiken der Unterlassung therapeutischer Maßnahmen zur thera-

<sup>1</sup> OGH 4 Ob 509/95.

<sup>2</sup> OGH 2 Ob 673/5, SZ 29/84. Der Patient muss darüber aufgeklärt werden, wie sich ein Glaukomanfall bei Verwendung von Homatropin äußert und dass er sich umgehend beim Arzt melden muss. Im konkreten Fall wurde diese Aufklärung unterlassen und der Patient verlor einen Teil seiner Sehkraft, da er sich nicht umgehend in ärztliche Behandlung begab, da er keine Kenntnis über die Folgen hatte.

peutischen Aufklärungspflicht gehört<sup>3</sup> bzw. der Patient auch darüber aufzuklären ist, welche Risiken damit verbunden sind, wenn er sich nicht umgehend behandeln lässt, sondern eine Überstellung in ein weit entferntes Krankenhaus bevorzugt<sup>4</sup>.

### Selbstbestimmungsaufklärung

Da die Vornahme einer medizinischen Behandlung nur zulässig ist, wenn der Patient seine Einwilligung in den Eingriff erteilt (Ausnahme: unmittelbare Gefährdung des Lebens oder der Gesundheit des Patienten), muss dem Patienten über den Eingriff ein solches Wissen vermittelt werden, dass er sich selbstbestimmt – bewusst – für oder gegen den Eingriff entscheiden kann. Der Zweck der Selbstbestimmungsaufklärung liegt somit darin, dem Patienten so umfangreiche Informationen über seinen Gesundheitszustand, die möglichen Behandlungsmethoden und die eventuell vorhandenen Risiken zu geben, dass er sich nach Abwägung des Für und Wider entweder für die Einwilligung in die Behandlung entschließen kann oder aber dagegen.

Die Stufen der Selbstbestimmungsaufklärung umfassen dabei Informationen über die Diagnose und den Verlauf der Krankheit sowie die Risiken der Behandlung.

#### Diagnoseaufklärung

Im Rahmen der Diagnoseaufklärung soll der Patient darüber in Kenntnis gesetzt werden, dass er krank ist und an welcher Krankheit er leidet.

#### Verlaufsaufklärung

Im Rahmen dieser Aufklärungsstufe soll der Patient über die beabsichtigte Therapie (Wie läuft diese ab, welchen Umfang hat sie, wie wird sie durchgeführt, wie schwer bzw. dringlich ist sie, etc.?) informiert werden. Der Patient soll aufgrund der Aufklärung wissen, was warum während der Behandlung mit ihm geschieht. Der Patient muss auch darüber in Kenntnis gesetzt werden, wie die Krankheit verlaufen wird, wenn er sich der vorgeschlagenen Therapie nicht unterziehen sollte. Zur Verlaufsaufklärung gehört auch, dass der Patient auf mögliche Behandlungsalternativen aufmerksam gemacht wird<sup>5</sup>. Sollte der behandelnde Arzt diese Behandlungsalternative nicht beherrschen, so hat er den Patienten auch darüber aufzuklären und den Patienten gegebenenfalls an einen anderen Facharzt zu überweisen. Auch auf die sicher eintretenden Eingriffsfolgen, wie z. B. Operationsnarben, Unfruchtbarkeit als Folge einer Gebärmutterentfernung, etc. sowie postoperative Nebenfolgen ist der Patient unbedingt hinzuweisen. Entscheidend für die Verlaufsaufklärung ist, dass der Patient in die Lage versetzt wird, sämtliche Möglichkeiten gegeneinander abzuwägen und sich dann für eine Behandlungsmethode zu entscheiden, auf die sich

seine Einwilligung bezieht und die den am Patienten vorgenommenen Eingriff in die körperliche Integrität rechtfertigt.

#### Risikoaufklärung

Durch die Risikoaufklärung soll der Patient über alle dauernden oder vorübergehenden Risiken, die auch bei größtmöglicher Sorgfalt und fehlerfreier Durchführung des Eingriffs auftreten können, aufgeklärt werden. Dem Selbstbestimmungsrecht des Patienten kann nur entsprochen werden, wenn der Patient über die Risiken, die mit der Behandlung verbunden sind, informiert ist, denn nach der Rechtsprechung des OGH kann sich der Patient nur dann für eine Behandlung entscheiden und rechtmäßig in diese einwilligen.<sup>6</sup>

Der Patient ist daher sowohl über Risiken aufzuklären, die mit der Eigenart des Eingriffs spezifisch verbunden sind (so genannte typische Risiken), als auch über atypische bzw. seltene Risiken, wenn diese das Leben des Patienten erheblich belasten würden und trotz ihrer Seltenheit für den Eingriff spezifisch, den medizinischen Laien jedoch überraschend sind. Ein typisches Risiko ist beispielsweise eine Infektionserkrankung im Rahmen einer Operation bzw. einer Injektion, Strahlenschäden durch Röntgenbehandlung, eine Hirnschädigung nach einer Herzoperation, Zahnschäden nach einer Bronchioskopie, die Durchtrennung des Ductus choledochus bei der operativen Entfernung der Gallenblase oder auch Lähmungserscheinungen nach einer Bandscheibenoperation.

Die Aufklärungsbedürftigkeit bestimmter Risiken kann sich auch aus den in der Patientensphäre gelegenen Faktoren ergeben, so etwa aus bestimmten körperlichen Merkmalen bzw. aus beruflichen oder sonstigen Sonderinteressen. Ist ein Patient z. B. an Koronararterienverkalkung erkrankt, so muss der Anästhesist den Patienten besonders darauf hinweisen, dass der Risikoschwerpunkt aufgrund dieses Leidens gerade in der Narkose liegen kann. Muss sich z. B. ein Pianist einer Handoperation unterziehen, so ist er aufgrund seines Berufes besonders darüber aufzuklären, dass hier eine Lähmungsgefahr besteht. Unterzieht sich ein Kellner einer Daumenoperation, so muss er besonders auf das Risiko hingewiesen werden, dass mit einem solchen Eingriff ein Sensibilitätsausfall einhergehen kann.

Es gibt keine allgemeinen Richtlinien dafür, ab welchem Häufigkeitsgrad eines Risikos ein Patient darüber aufzuklären ist. Nach der bisherigen Rechtsprechung des OGH kommt es vielmehr auf die Umstände des konkreten Einzelfalls, die gesundheitliche Konstitution des Patienten sowie darauf an, ob die nach der allgemeinen Erfahrung nicht geradezu äußerst selten auftretenden Risiken lebensbedrohend bzw. wichtige Körperfunktionen davon betroffen sind oder aber der Eintritt dieser Risiken den Patienten völlig überraschend treffen würde. Erforderlich ist auch, dass sich ein vernünftiger Patient bei Kenntnis der möglichen Risiken gegen die Behandlung entscheiden würde. Eine Aufklärung über mögliche schädliche Folgen ist nur dann nicht erforderlich, wenn die Schäden nur in äußerst seltenen Fällen auftreten und außerdem anzunehmen ist, dass sich der Patient trotz Kenntnis der betreffenden Risiken für die Behandlung entscheiden würde.

<sup>3</sup> OGH 13.3.2000, 10 Ob 24/00b = ASoK 2000, S. 384.

<sup>4</sup> OGH 18.3.1981, 1 Ob 743/80, JBl 1982, 491.

<sup>5</sup> OGH 10 Ob 503/93: Mangelnde Aufklärung, wenn der Arzt die Patientin vor einer Knieoperation aufgrund eines Risses des vorderen Kreuzbandes nicht darüber aufklärt, dass vor der Operation auch die Ruhigstellung durch einen Gipsverband erfolgen könnte und so das mit einer Operation verbundene Infektionsrisiko (Patientin erlitt dadurch Komplikationen und Dauerfolgen) vermieden werden könnte.

<sup>6</sup> OGH 7.2.1989, 1 Ob 713/88.

Bei der Beurteilung, ob ein Patient über ein Risiko aufgeklärt werden muss, kann sich der behandelnde Arzt an folgenden Kriterien orientieren:

- Handelt es sich um ein nicht geradezu ganz seltenes Risiko?
- Ist dieses Risiko lebensbedrohend oder sind wichtige Körperfunktionen betroffen?
- Schwere der möglichen Komplikation?
- Gewicht des Risikos in Hinblick auf die zukünftige Lebensführung des Patienten?
- Vorübergehende Beeinträchtigung oder bleibende Beeinträchtigung des Patienten?
- Gesundheitliche Entwicklung bei Unterbleiben des Eingriffs?

### ■ Intensität und Zeitpunkt der Aufklärung

Aus der Vielzahl an Entscheidungen des OGH ergibt sich, dass die Aufklärung umso umfassender sein muss, je weniger dringlich der Eingriff ist. Ist der Eingriff hingegen äußerst dringlich, so muss nur ein Minimalmaß an Aufklärung gewahrt bleiben<sup>7</sup>.

### Fehlende medizinische Indikation

Bei Eingriffen ohne echte medizinische Indikation, wie z. B. kosmetischen Operationen, werden an die ärztliche Aufklärung die höchsten Anforderungen gestellt. Begründet wird dies damit, dass bei solchen Eingriffen ohne echte medizinische Indikation meist keine Heilung vonnöten ist, für die unter Umständen gewisse Risiken in Kauf genommen werden würden. Der Patient soll ausreichend Zeit zum Nachdenken über das Für und Wider, insbesondere über alle Risiken und ein mögliches Misslingen des Eingriffs haben. Hier hat die Aufklärung mehrere Wochen, zumindest jedoch Tage vor der Operation stattzufinden. Die Aufklärung geht hier so weit, dass z. B. bei einer Vergrößerung/Verkleinerung der Brust nicht nur darüber aufgeklärt werden muss, dass sich Narben bilden können, sondern auch, wo und in welcher Größe sich die zu erwartenden Narben bilden werden.

### Relative medizinische Indikation

Relativ indizierte Eingriffe verlangen ebenfalls einen hohen Aufklärungsstandard. Sie sollen dem Patienten alle Konsequenzen verdeutlichen, die mit der Behandlung verbunden sind, und dadurch die Möglichkeit eröffnen, sich entweder dafür zu entscheiden, mit der Krankheit weiterzuleben, oder aber für die Behandlung, und die damit verbundenen Risiken in Kauf zu nehmen. Zum Zeitpunkt hat der OGH dazu Folgendes ausgesprochen<sup>8</sup>:

Eine Patientin wurde am Vortag einer medizinisch indizierten Gallengangdurchtrennung vom diensthabenden Turnusarzt darüber aufgeklärt, dass die Möglichkeit der Verletzung des großen Gallengangs besteht. Die Aufklärung am Vortag einer solchen Operation hat der OGH als ausreichend und rechtzeitig erachtet.

<sup>7</sup> U. a. OGH 1 Ob 2318/96f; 8 Ob 535/89; 2 Ob 124/98v.

<sup>8</sup> OGH 10 Ob 137/98i.

### Absolute medizinische Indikation

Bei absoluter Indikation vertritt der OGH die Ansicht, dass der Patient lediglich ein Bild darüber bekommen soll, wie schwer der benötigte Eingriff ist<sup>9</sup>. Begründet wird dieser gelockerte Aufklärungsumfang damit, dass ein Patient bei Vorliegen einer so erheblichen Gesundheitsstörung normalerweise bereit ist, ein gewisses Maß an Risiken auf sich zu nehmen, um eine Heilung bzw. Besserung herbeiführen zu können. Zum Zeitpunkt der Aufklärung hat der OGH in einer Entscheidung ausgesprochen, dass die Aufklärung am Vorabend vor einer Operation der Aorta bei einem Patienten, bei dem die Gefahr einer neuerlichen lebensbedrohlichen Ruptur der krankhaft erweiterten Aorta bestanden hatte, ausreichend ist und dadurch keine durch den Zeitpunkt der Aufklärung bedingte psychische Zwangslage besteht. Demgegenüber ist bei einer Bypassoperation die Aufklärung am Vortag über die Risiken einer solchen Operation in Hinblick auf die mit dem Eingriff verbundenen schweren psychischen Belastungen des Patienten nicht rechtzeitig<sup>10</sup>.

### Vitale medizinische Indikation

Bei Eingriffen mit vitaler Indikation sind die Anforderungen an den Aufklärungsumfang stark herabgesetzt, da das Leben des Patienten unmittelbar bedroht ist und der Arzt annehmen darf, dass der Patient sein Leben retten möchte. Deshalb kann in gewissen Fällen, wenn z. B. umgehend eine Operation erforderlich ist, die Aufklärung sogar ganz unterbleiben.

### ■ Wer muss die Aufklärung wie vornehmen?

Gerade bei der Arbeitsteilung in Krankenanstalten stellt sich die Frage, wer von den behandelnden Ärzten für die Aufklärung verantwortlich ist. Es gilt hier der Grundsatz der stufenweisen Aufklärung. Das bedeutet, dass grundsätzlich jeder Arzt für die Aufklärung in seinem Fachbereich verantwortlich ist. Derjenige Arzt, der eine medizinische Maßnahme setzt, muss sich daher davor unbedingt vergewissern, ob der Patient darüber aufgeklärt worden ist. Die Letztverantwortung liegt hier jedenfalls bei demjenigen Arzt, der die Operation oder Therapie durchführt. Denn er muss sichergehen, dass der Patient einen Gesamtüberblick über die einzelnen Behandlungsschritte bekommen hat. Sofern die Aufklärung von einem in Ausbildung befindlichen Arzt vorgenommen wird, muss sich der jeweilige behandelnde Facharzt persönlich davon überzeugen, dass die Aufklärung stattgefunden hat und dem Patienten die Risiken klar sind.

Jede Aufklärung hat durch ein persönliches Gespräch stattzufinden. Die normalerweise verwendeten Aufklärungsbögen dürfen daher immer nur unterstützend verwendet werden und können niemals das persönliche Gespräch mit den jeweiligen behandelnden Ärzten ersetzen<sup>11</sup>. Das Aufklärungsformular alleine liefert noch keinen Beweis dafür, dass der Patient dieses auch gelesen und den Inhalt verstanden hat. Es ist daher für

<sup>9</sup> OGH SZ 63/152.

<sup>10</sup> AHRS 5400/101.

<sup>11</sup> OGH 4 Ob 509/95.

Beweiszwecke auch irrelevant, ob der Patient den pauschalen Hinweis unterschrieben hat, dass er die Möglichkeit hatte, Fragen zu stellen<sup>12</sup>.

Ich empfehle daher, dass die vorhandenen Aufklärungsbögen dem Patienten vor dem Aufklärungsgespräch ausgehändigt werden, damit dieser sich den Bogen bereits vor dem Gespräch durchlesen und im Gespräch ergänzende Fragen stellen kann. Wichtig ist, dass auf dem Aufklärungsbogen vermerkt wird, dass ein persönliches Gespräch geführt wurde, wann dieses stattgefunden hat und was dabei besprochen wurde. Im Fall eines nachfolgenden möglichen Rechtsstreits ist es zum Beweis dafür, dass (1) ein persönliches Aufklärungsgespräch tatsächlich stattgefunden hat und der Patient (2) über die Risiken tatsächlich aufgeklärt worden ist und (3) Zusatzfragen gestellt und beantwortet wurden, erforderlich, dass eine Dokumentation über das Aufklärungsgespräch erfolgt. Der Beweis ist bereits leichter zu führen, wenn zumindest auf dem Aufklärungsbogen handschriftliche Vermerke der aufklärenden Ärzte bei den jeweiligen erklärungsbedürftigen Risiken sowie ein Vermerk der gestellten Fragen und ein Vermerk, dass der Patient ausdrücklich keine Fragen mehr hatte, enthalten sind.

<sup>12</sup> U. a. OGH 28.2.2001, 7 Ob 233/00s.

## ■ Zusammenfassung

Damit ein Patient in eine medizinische Behandlung einwilligen kann, ist es erforderlich, dass er über seine Erkrankung, den Verlauf dieser Krankheit, die damit verbundene Lebensumstellung, die Art der Therapie, die unmittelbaren Folgen der Therapie, die Dringlichkeit und Schwere der Behandlung, Behandlungsalternativen sowie die mit der Behandlung verbundenen Risiken aufgeklärt wird. Bei der Beurteilung, über welche Risiken aufzuklären ist, können sich die behandelnden Ärzte daran orientieren, ob es sich um ein nicht ganz seltenes Risiko handelt, ob dieses Risiko lebensbedrohend ist oder wichtige Körperfunktionen betrifft, wie schwer die mögliche Komplikation wiegt, welches Gewicht das Risiko in Hinblick auf die zukünftige Lebensführung des Patienten hat, ob es sich um eine vorübergehende oder eine dauerhafte Beeinträchtigung handelt und wie die gesundheitliche Entwicklung des Patienten bei Unterbleiben des Eingriffs weitergehen wird.

### **Korrespondenzadresse:**

*Dr. iur. Monika Ploier  
Kanzlei CMS Reich-Rohrwig Hainz  
A-1010 Wien, Ebendorferstraße 3  
E-Mail: monika.ploier@cms-rrh.com*

# Mitteilungen aus der Redaktion

## Besuchen Sie unsere zeitschriftenübergreifende Datenbank

[Bilddatenbank](#)

[Artikeldatenbank](#)

[Fallberichte](#)

## e-Journal-Abo

Beziehen Sie die elektronischen Ausgaben dieser Zeitschrift hier.

Die Lieferung umfasst 4–5 Ausgaben pro Jahr zzgl. allfälliger Sonderhefte.

Unsere e-Journale stehen als PDF-Datei zur Verfügung und sind auf den meisten der marktüblichen e-Book-Readern, Tablets sowie auf iPad funktionsfähig.

[Bestellung e-Journal-Abo](#)

## Haftungsausschluss

Die in unseren Webseiten publizierten Informationen richten sich **ausschließlich an geprüfte und autorisierte medizinische Berufsgruppen** und entbinden nicht von der ärztlichen Sorgfaltspflicht sowie von einer ausführlichen Patientenaufklärung über therapeutische Optionen und deren Wirkungen bzw. Nebenwirkungen. Die entsprechenden Angaben werden von den Autoren mit der größten Sorgfalt recherchiert und zusammengestellt. Die angegebenen Dosierungen sind im Einzelfall anhand der Fachinformationen zu überprüfen. Weder die Autoren, noch die tragenden Gesellschaften noch der Verlag übernehmen irgendwelche Haftungsansprüche.

Bitte beachten Sie auch diese Seiten:

[Impressum](#)

[Disclaimers & Copyright](#)

[Datenschutzerklärung](#)